

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	21
<i>1. Kapitel</i>	
Entstehungsbedingungen und Entwicklungsgeschichte des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs	26
A. Die tatsächlichen und rechtlichen Hintergründe des Haftungstatbestandes	26
I. Die Besonderheiten der Situation der Leistungsberechtigten in dem bisherigen Hauptwendungsfeld des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs - der Sozialversicherung.....	27
1. Die Situation des Leistungsberechtigten in der Rentenversicherung	27
a) Die existentielle Abhängigkeit von den Rentenleistungen	27
b) Die Ausgestaltung als Dauerrechtsverhältnis	28
c) Der eigene Leistungsbeitrag des Versicherten	29
d) Die Komplexität der Rechtsbeziehung zwischen Versichertem und Versicherungsträger	30
2. Die Situation des Leistungsberechtigten in der gesetzlichen Krankenversicherung....	33
3. Die Situation des leistungsberechtigten Arbeitnehmers im Recht der Arbeitsförderung.....	35
4. Zusammenfassung	39
II. Die besondere Pflichtenstellung der Sozialverwaltung - Entwicklung und Ausgestaltung der behördlichen Betreuungspflichten	40
1. Zur Funktion der behördlichen Betreuungspflichten	40
2. Zum Begriff der behördlichen Betreuungspflicht.....	42
3. Die behördliche Betreuungspflicht in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen im Rahmen der Amtshaftung	43
a) Die ersten Entscheidungen des Reichsgerichts zur Betreuungspflicht.....	43
b) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes - Amtspflichten im sozialen Rechtsstaat	45
c) Zusammenfassung und Stellungnahme	48
4. Die behördliche Betreuungs- und Auskunftspflicht in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes	50

a)	Die Entwicklung in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, insbesondere im Bereich des Lastenausgleichsgesetzes	50
b)	Zusammenfassung und Stellungnahme	52
5.	Die behördlichen Auskunfts- und Betreuungspflichten in der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Sozialgerichtsbarkeit	55
a)	Die ersten Ansätze einer Betreuungspflicht in den Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes	55
b)	Die Ausgestaltung der Betreuungspflicht durch das Bundessozialgericht	56
c)	Zusammenfassung	62
aa)	Pflichtcharakterisierung	62
bb)	Pflichtentstehung	64
cc)	Grenzen der Beratungspflicht	65
d)	Stellungnahme	68
6.	Würdigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur behördlichen Betreuungspflicht	71
7.	Das weitere Anwendungsbereich des Herstellungsanspruchs außerhalb des Bereiches der Betreuungspflicht	75
B.	Rechtsfolgen der Betreuungspflichtverletzung - Die Lösungsansätze der Rechtsprechung vor der Entwicklung des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs	77
I.	Die Haftung gemäß § 839 BGB i.V.m. Art. 131 WRV bzw. Art. 34 GG	78
II.	Korrektur der Betreuungspflichtverletzung nach dem Grundsatz von Treu und Glauben - Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	80
III.	Die anfänglich zurückhaltende Rechtsprechung des BSG	82
C.	Die "Geburt" des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs - Das Urteil des BSG vom 14. 6. 1962	85
I.	"Anspruch auf Herstellung"	85
II.	Kritik des Urteils	86
1.	Die nichttragende Berufung auf einen allgemeinen Wiedergutmachungsanspruch ..	86
2.	Notwendigkeit einer Neukonstruktion ?	88
3.	Ergebnis	90
III.	Die weitere BSG-Rechtsprechung in den sechziger Jahren	90
D.	Die Emanzipation des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs zu einem eigenen richterrechtlichen Haftungsinstitut	94
I.	"Vorläufer"-Entscheidungen des BSG, insbesondere die Heranziehung des Grundsatzes des "venire contra factum proprium"	94
II.	Chronologie der Entwicklung und Ausgestaltung des Tatbestandes des Herstellungsanspruchs	99
III.	Die Rechtsprechung zum Haftungsumfang des Herstellungsanspruchs	128
IV.	Zusammenfassung und Systematisierung der Rechtsprechung des BSG zum Herstellungsanspruch	141
1.	Der Anwendungsbereich des Anspruchs	142
2.	Der sozialrechtliche Schaden	143
3.	Der haftungsauslösende Tatbestand	143

a) Pflichtverletzung	143
b) Verschulden	144
4. Das Kausalitätserfordernis	146
5. Die Rechtsfolgenseite des Herstellungsanspruchs	147
a) Das Haftungsziel	147
b) Die Haftungsverpflichtung - Herstellung durch "Vornahme einer Amtshandlung"	148
c) Die Grenzen der Haftung	149
d) Das Haftungssubjekt	150
6. Konkurrenzen	151
7. Der zulässige Rechtsweg	151
V. Der Herstellungsanspruch nach der Rechtsprechung des BSG - Zusammenfassende Formulierung	152
VI. Kritik der Rechtsprechung	153
1. Die unterschiedlichen dogmatischen Begründungsansätze des BSG	153
2. Die fehlende Kontinuität und der mangelnde Diskurs in der Rechtsprechung des BSG	155
3. Die Frage nach dem Bedürfnis für ein besonderes Haftungsinstitut des Herstellungsanspruchs	157
4. Ergebnis	157
 2. Kapitel	
Die "Regelungslücke" als Voraussetzung richterlicher Rechtsfortbildung - Bestimmung des möglichen Anwendungsbereiches eines Instituts der sozialrechtlichen Herstellung in Abgrenzung zu bereits bestehenden rechtlichen Konfliktlösungs- möglichkeiten bei Pflichtverletzungen der Sozialverwaltung	
	160

A. Die bestehenden Korrekturmöglichkeiten behördlicher Pflichtverletzung auf verfahrensrechtlicher Ebene	163
I. "Regelungslücke" durch teleologische Reduktion des Vorrangs des Verfahrensrechts ?	164
II. Die umfassende Antragsauslegung im Vorfeld	166
III. Die Heilung von Verfahrensfehlern - § 41 S. 1, Nr. 1 SGB X	168
IV. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand - § 27 SGB X	168
V. "Auskunftsbescheid", Zusicherung und Vertrauensschutz - §§ 34, 45 SGB X (Merten)	173
VI. Die Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung - § 48 SGB X	178
VII. Die Rücknahme rechtswidriger, nicht begünstigender Verwaltungsakte - § 44 SGB X (152 AFG)	183
1. Fallgruppenorientierte Betrachtung	184
2. Ergebnis	197
VIII. Zusammenfassung	198

B. Die Ausgleichsmöglichkeiten aufgrund bestehender gesetzlicher Erstattungsansprüche	201
I. Die Erstattung von zu Unrecht entrichteten Beiträgen - § 26 II SGB IV (§ 185a AFG).....	201
II. Die Erstattung rechtmäßig entrichteter Beiträge - insbesondere § 210 SGB VI (§ 1303 RVO/ § 82 AVG).....	204
III. Die Kostenerstattung in der Krankenversicherung - § 13 II SGB V	206
IV. Zusammenfassung	208
C. Die Anfechtung sozialrechtlicher Willenserklärungen wegen Irrtums (§ 119 BGB)	209
I. Die mögliche Relevanz der Anfechtungsregeln für einen Teilbereich der Herstellungsfälle.....	209
II. Die Gestaltungshandlungen der Versicherten als öffentlichrechtliche Willenserklärung.....	212
III. Die grundsätzliche Geltung der Anfechtungsregelungen im Bereich des Sozialrechts.....	213
IV. Die Bindungswirkung als Voraussetzung eines Anfechtungsrechts.....	221
V. Die fehlbetreuungsbedingte Willensbildung als beachtlicher Willensmangel	223
VI. Die Rechtsfolgen der Anfechtung der Willenserklärung des Sozialleistungsberechtigten	225
1. Nichtigkeit <i>ex tunc</i> ?	226
2. Ersatzpflicht des Anfechtenden ?	231
VII. Die Ausübung des Anfechtungsrechts.....	232
VIII. Ergebnis	233
D. Die besondere Bestandskraftregelung des § 79 II S. 1 BVerfGG.....	235
I. Das Verhältnis von § 79 II S. 1 BVerfGG zu § 44 SGB X	235
II. Einschränkung eines Herstellungsanspruchs durch einen in § 79 II S. 1 BVerfGG enthaltenden allgemeinen Rechtsgrundsatz ?	238
III. Ergebnis	240
E. Die Korrekturmöglichkeiten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben, insbesondere in seiner Ausprägung als Verbot des "venire contra factum proprium"	241
I. Der Meinungsstand	241
II. Das Verbot widersprüchlichen Verhaltens im Zivilrecht - Ausgestaltung und Rechtsfolgen	243
III. Die Geltung des Verbotes des <i>venire contra factum proprium</i> im Sozialrecht	246
IV. Ergebnis	249
F. Das Verhältnis des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs zu den Ansprüchen des Staatshaftungsrecht	251
I. Die Amtshaftung gemäß § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG	251
1. Der Amtshaftungstatbestand in den Herstellungsfällen.....	251
2. Die Relevanz der amtschaftungsrechtlichen Restriktionen.....	254
a) Die Subsidiaritätsklausel des § 839 I S. 2 BGB	254

b)	Die Versäumung eines schadensabwendenden Rechtsmittels - § 839 III BGB	255
c)	Die Berücksichtigung des Mitverschuldens - § 254 BGB	255
d)	Das Verschuldenserfordernis des § 839 I S. 1 BGB	256
e)	Die Beschränkung der Rechtsfolge auf Geldersatz.....	257
f)	Die Zuständigkeit der Zivilgerichtsbarkeit - Art. 34 S. 3 GG / § 40 II S. 1 VwGO.....	259
g)	Zusammenfassung	261
3.	Das Verhältnis des Herstellungsanspruchs zur Amtshaftung	262
II.	Der Folgenbeseitigungsanspruch	266
1.	Tatbestand und Rechtsfolge des Folgenbeseitigungsanspruchs	267
a)	Die Entwicklung des Folgenbeseitigungsanspruchs in der Literatur.....	268
b)	Der Folgenbeseitigungsanspruch in der Rechtsprechung.....	274
c)	Zusammenfassung	278
2.	Die Anwendbarkeit des Folgenbeseitigungsanspruchs in den Herstellungsfällen.....	283
3.	Ergebnis	290
III.	Die Folgenbeseitigungslast	291
1.	Inhalt und Anwendungsfeld	291
2.	Die Folgenbeseitigungslast in den Herstellungsfällen	292
IV.	Der Anspruch aus enteignungsgleicher Eingriff oder Aufopferung	294
1.	Entwicklung und Tatbestand der Haftungsinstitute	294
2.	Aufopferung und enteignungsgleicher Eingriff in den Herstellungsfällen	296
G.	Zusammenfassende Stellungnahme	301
I.	Der Herstellungsanspruch als eigenständiger, materiellrechtlicher Sekundäranspruch....	301
II.	Der Herstellungsanspruch als Haftung für Handlungsunrecht	302
III.	Das Defizit der herkömmlichen staatshaftungsrechtlichen Ansprüche	303
IV.	Die aktualisierte "faktische Norm" des Herstellungsanspruchs	304

3. Kapitel

Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch als Institut richterrechtlicher Rechtsfortbildung - Voraussetzungen von "Richterrecht" und bisherige Grundlegungsversuche 305

A.	Zulässigkeit und Schranken des "Richterrechts"	305
I.	§ 31 SGB I als Schranke sozialgerichtlicher Rechtsfortbildung ?	306
II.	Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von "Richterrecht"	309
1.	Prämissen der Erörterung	310
2.	Typisierung richterrechtlicher Rechtsfortbildung und Einordnung der Herstellungsrechtsprechung des BSG.....	312
3.	Die Aussagen des Grundgesetzes zum Thema "Richterrecht"	313

III. Schranken gesetzesvertretenden Richterrechts und die Folgerungen für die Diskussion um den Herstellungsanspruch.....	318
B. Rechtsfortbildende Grundlegungsversuche eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs.....	323
I. Art. 34 GG als Begründungsbasis des Herstellungsanspruchs	323
II. Der Herstellungsanspruch als Weiterentwicklung des Folgenbeseitigungsanspruchs.....	327
1. Der Herstellungsanspruch als Parallel des Folgenbeseitigungsanspruchs für den Sozialleistungsbereich	327
a) Die Rechtsprechung des 12. Senats des BSG.....	327
b) Der "sozialrechtliche status positivus" bei Ebsen.....	330
c) Kritik einer Parallelwertung von Folgenbeseitigungsanspruch und Herstellungsanspruch.....	331
2. "Herstellung" als Bestandteil eines aus dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit abgeleiteten Folgenbeseitigungsanspruchs	333
3. Herstellungsanspruch - Ausprägung des Folgenbeseitigungsanspruchs als Grundnorm des Staatshaftungsrechts ?.....	335
4. Ergebnis.....	337
III. Der Herstellungsanspruch als Ausdruck eines verfassungsrechtlichen Kontinuitätsgebotes.....	338
IV. Der Herstellungsanspruch als besonderer Fall des allgemeinen "Bestandsschutzzanspruchs" - Der Grundlegungsversuch von Kreßel.....	342
1. Die Theorie des Bestandsschutzzanspruchs	343
2. Der Herstellungsanspruch als Bestandsschutzzanspruch - konkrete Folgerungen	347
3. Kritik des Bestandsschutzzanspruchs.....	349
Exkurs : Subjektives Recht und Anspruch im Privatrecht	352
V. Der Herstellungsanspruch als Haftungsinstitut "sui generis".....	359
1. Herstellungshaftung als verfassungsrechtlich notwendige Restitution rechtmäßiger Sozialrechtsverhältnisse	360
2. Der Herstellungsanspruch als spezifisches Haftungsmodell einer sozialrechtlichen Sondersituation (Bieback)	362
VI. Der Herstellungsanspruch als Einstandspflicht aus Obligationengrundsätzen	368
1. Die methodischen Anforderungen eines Rückgriffs auf zivilrechtliche Haftungegrundsätze im öffentlichen Recht.....	370
2. Das öffentlichrechtliche Schuldverhältnis	372
3. Das Sozialrechtsverhältnis als Schuldverhältnis und die haftungsrechtlichen Folgerungen	380
a) Haftung aufgrund einer Sekundärverpflichtung nach Obligationengrundsätzen in den Herstellungsfällen - Die Ansicht von Terwey	381
b) Die analoge Heranziehung privatrechtlicher Haftungsvorschriften, insbesondere aufgrund einer Strukturähnlichkeit der Sozialversicherung zum privaten Versicherungsvertrag	388
4. Ergebnis.....	400
VII. Ansätze einer am Vertrauenschutzgedanken orientierten Grundlegung des Herstellungsanspruchs.....	402
1. Der Vertrauenschutz als weitverbreiteter Argumentationstopos	404

2. Grundlegungsversuche in Anlehnung an den Vertrauenschutzgedanken	405
a) Der allgemeine Rechtsgedanke des § 162 BGB als Erklärungsbasis des Herstellungsanspruchs (Grüner)	405
b) Der Herstellungsanspruch als materiell-rechtliche Wiedereinsetzung (Ladage)	407
c) Die Orientierung an der privatversicherungsrechtlichen Erfüllungshaftung	410
aa) Nochmals: Der Rekurs auf das Verbot des <i>venire contra factum proprium</i> (Hertwig)	410
bb) Die gewohnheitsrechtliche Erfüllungshaftung im Rahmen des Privatversicherungsrecht	411
cc) Positive Vertrauenshaftung "kraft rechtsethischer Notwendigkeit" (Canaris)	413
dd) Die Möglichkeit einer analogen Anwendung der Grundsätze der positiven Vertrauenshaftung im Sozialrecht	416
3. Zusammenfassung	418
C. Zwischenergebnis und Stellungnahme	419

4. Kapitel

Die Grundlegung des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs unter dem Gesichtspunkt des Vertrauenschutzes sozialrechtlicher Positionen 421

A. Die Herstellungsfälle als Problembereich des Vertrauenschutzes	421
I. Die Ausgangsbasis der weiteren Untersuchung	421
II. Thesen zur dogmatischen Klärung des Herstellungsanspruchs	422
III. Der Vertrauenschutz als das maßgebliche Kriterium in den Herstellungsfällen	424
B. Voraussetzungen und Möglichkeiten eines verfassungsrechtlichen Vertrauenschutzes sozialrechtlicher Positionen	426
I. Das Vertrauenschutzprinzip im öffentlichen Recht	426
1. Die Praxis des Vertrauenschutzes im Bürger-Staat-Verhältnis	426
2. Die unterschiedlichen Ansätze einer verfassungsrechtlichen Verankerung des Vertrauenschutzprinzips	433
a) Vertrauenschutz und Sozialstaatsprinzip	433
b) Das Rechtsstaatsprinzip als Standort des Vertrauenschutzes	434
c) Vertrauenschutz als Freiheitsschutz durch Art. 2 I GG	436
d) Vertrauenschutz aufgrund des allgemeinen Gleichheitssatzes des Art. 3 I GG	437
e) Vertrauenschutz durch die speziellen Freiheitsrechte des Grundrechtskataloges	438
aa) Die Eigentumsgarantie des Art. 14 I GG als vertrauenschützende Norm	439
bb) Vertrauenschutz durch Art. 12 I GG	440
cc) Vertrauenschutz durch Art. 6 I GG	443

dd) Sozialrechtliche Kontinuitätsverbürgung durch Art. 2 II GG	445
f) Zusammenfassung	447
II. Sozialrechtliche Positionen mit verfassungsrechtlicher Vertrauenschutzgewährleistung	448
1. Die Sozialrechtspositionen des Bürgers in den Sachverhalten der bisherigen Entscheidungen zum Herstellungsanspruch	448
2. Grundrechtsschutz sozialrechtlicher Rechtsstellungen	450
a) Der Eigentumsschutz im Sozialrecht	450
b) Art. 12 I GG und die nicht auf "Eigenleistung" beruhenden Ansprüche nach dem Arbeitsförderungsrecht	459
c) Die Relevanz des Art. 6 I GG für sozialrechtliche Positionen	462
3. Zwischenergebnis: Verfassungsrechtlicher Vertrauenschutz nur für "erdiente" Sozialrechtspositionen ?	463
4. Verfassungsrechtlicher Vertrauenschutz staatlich gewährter Sozialleistungen aufgrund einer erweiterten Auslegung des Art. 14 I GG oder durch subsidiäre Heranziehung des Rechtsstaatsgebotes des Grundgesetzes ?	464
a) Die Anerkennung der Eigentumsqualität sozialrechtlicher Positionen aufgrund einer funktionsgesteuerten Auslegung des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs	464
b) Hilfsweise: Der rechtsstaatliche Vertrauenschutz und seine Voraussetzungen	477
III. Folgerungen des verfassungsrechtlichen Vertrauenschutzes sozialrechtlicher Positionen für die Beurteilung der Herstellungsfälle	480
C. Die Bestimmung des Vertrauenschutztatbestandes sozialrechtlicher Positionen	484
I. Die Aufgaben- und Zielbestimmungen des Sozialgesetzbuches - §§ 1 - 10 SGB I	484
II. Vertrauenschutzkomponenten im Sozialverwaltungsverfahren	486
III. Schutz und Gewährleistungssicherung der sozialrechtlichen Positionen durch die Betreuungspflichten - Zur dogmatischen Grundlegung der besonderen Pflichtenstellung der Sozialbehörden	488
IV. Zusammenfassung	491
D. Die Schutzwürdigkeit des Vertrauenstatbestandes in den Herstellungsfällen	493
I. Der subjektive Vertrauenstatbestand	493
II. Die "Vertrauenschutzinvestition" des Berechtigten	494
III. Der Ursachenzusammenhang zwischen Vertrauenstatbestand, persönlichem Vertrauen und Disposition	495
IV. Die verfassungsrechtliche Schutzwürdigkeit des Vertrauens bei entgegenstehenden öffentlichen Interessen	496
1. Die Zweckbestimmung der in den Herstellungsfällen relevanten leistungsbegrenzenden Ordnungsnormen	497
2. Die Verhältnismäßigkeit der ausnahmslos geltenden gesetzlichen Fristbestimmungen in den Herstellungsfällen	498
V. Zwischenergebnis: Verabschiedung des Herstellungs"anspruchs"	503
E. Die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung der gesetzlichen Fristbestimmungen	505

F. Der "Herstellungsanspruch" als verfassungsrechtlicher Vertrauensschutz - Kongruenz und Korrektur der bisher praktizierten Herstellungshaftung.....	509
I. Sozialrechtlicher Schaden.....	509
II. Der bisherige Haftungstatbestand.....	511
1. Die Betreuungspflichtverletzung als "wesentliche Bedingung".....	511
2. Die Beurteilung bisheriger Problemfälle rechtswidrigen Behördenverhaltens auf der Grundlage verfassungsrechtlichen Vertrauensschutzes.....	512
a) Die fehlerhafte Aufklärung i.S.d. § 13 SGB I.....	512
b) Die unterlassene Beratung und Individualaufklärung.....	513
aa) Behördliches Unterlassen im Fall nicht nachgefragter Information.....	513
bb) Behördliches Unterlassen bei nachgefragter Information.....	514
c) Das Betreuungsfehlverhalten von Drittbehörden.....	514
3. Die Mitverantwortung des Leistungsberechtigten.....	515
III. Bisherige Probleme des Haftungsinhaltes.....	516
IV. Die bisher strittigen rechtlichen Grenzen der Herstellungshaftung.....	517
1. "Herstellung" bei Fehldispositionen tatsächlicher Art.....	517
2. Die analoge Heranziehung der Frist des § 44 IV SGB X.....	524
V. Prozessuale Fragen.....	526
VI. Ergebnis und Normformulierungsvorschlag.....	528
G. Resümee.....	530

Literaturverszeichnis

532